74. Jahrgang. Nr. 78 — Sonnabend, 15. Februar 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat Februar 3.40 Mk., einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Zifferngebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr. zulässig.) Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Sachverständigen werden nicht gehört!

Für und wider den Youngplan

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Febr. Im Youngausschuß ergriff nach Reichsaußenminister Dr. Curtius zum zweiten Male Abg. Dr. Reichert das Wort, um den Standpunkt der Deutschnationalen zu begründen: Bisher habe man sich mit Auslandsanleihen geholfen. (Rufe links: Darunter war viel verkapptes deutsches Kapital!) Darüber sollte der Reichsbankpräsident hier Aufklärung schaffen. Die Zukunft der Kaufkraft der Goldwährungen sei durchaus offen. Bei anhaltendem Frieden sei mit einer Zunahme der Kaufkraft des Geldes zu rechnen, leider nicht bei der bisherigen Politik innerhalb Deutschlands. Unsere wirtschaftliche Souveränität gehe uns immer mehr verloren. Weiter bemängelte der Redner das Verfahren bei den Sachlieferungen.

Abg. Dr. Hoetzsch (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) bestritt die Auffassung, daß zwischen unserer Reparationsverpflichtung und dem interalliierten Schuldenproblem keine Verbindung bestehe. Warum haben sich die deutschen Sachverständigen auf die jetzige Höhe der Annuitäten treiben lassen? Dr. Schacht habe zuerst nur eine Milliarde Mark angeboten.

Abg. Dr. Klönne (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) erklärte, daß er den Plan ablehne. Zwar sei der Dawesplan schwerer, aber er habe nur einen Versuch dargestellt und sei mit einer ganzen Reihe von Schutzmaßnahmen ausgestattet. Der Youngplan schneide alle Möglichkeiten einer Revision ab. Der Endwert der Annuitäten sei allein maßgebend. Nach 58 Jahren sei aus Deutschland ein Kapital von 116 Milliarden geflossen.

Abg. Sybel (Christl. Bauern-P.) führte aus, nach den Additionswerten ergebe sich eine wesentliche Verschlechterung des Youngplanes gegenüber dem Dawesplan.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wies darauf hin, daß beim Londoner Ultimatum ein Zahlungsplan aufgestellt worden sei, nach dem wir jährlich 2 Milliarden zuzüglich 26 Prozent der deutschen Ausfuhr zu zahlen hätten. Für 1929 hätte sich daraus eine Zahlung Deutschlands von 5,5 Milliarden Mark ergeben.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) wies darauf hin, daß die Reparationskommission nur die Berechtigung gehabt habe, die Zahlungen aufzuschieben, aber nicht das Recht, Kapital zu erlassen. Diese Funktion sei jetzt auf den beratenden Sonderausschuß übergegangen, der den Vorteil habe, daß wir in ihm vertreten seien.

Abg. Dr. Bredt (Wp.)

hielt alle Berechnungen, wie sie hier angestellt werden, für abwegig, da die Verhältnisse ganz ungeklärt seien und blieben. Ueber die Revisionsmöglichkeiten gingen die Auffassungen Deutschlands und der Gläubigerstaaten weit auseinander. Wenn die Verhältnisse Deutschlands so dargestellt werden, wie in den heutigen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Dernburg, sei es kein Wunder, daß im Auslande so falsche Auffassungen über unsere Leistungsfähigkeit entständen. Wenn es den Tatsachen entsprechen sollte, daß der Youngplan nur einen Versuch darstelle, dann müsse diese Auffassung in der Oeffentlichkeit festgestellt werden.

Abg. Bernhard (Dem.)

wandte sich scharf gegen die Behauptung, daß die Regierungsparteien „zahlungsfreudig" seien. Aber wenn sich ein Teil der deutschen Presse bemühe, dem Auslande gegenüber ein trostloses Bild der deutschen Wirtschaftslage zu malen, so werde dabei zu oft die Wirkung übersehen, daß dadurch in der deutschen Wirtschaft ein Pessimismus großgezogen werde. Auch in der Frage der Kapitalbildung habe man in übertriebenem Pessimismus gemacht. Man sei sich darüber klar, daß nach der ganzen Praxis der industriellen Kapitalbildung ein unverhältnismäßig großer Teil des Kapitals innerhalb der Unternehmungen neugebildet werde.

Ministerialdirektor Ritter

bemerkt, daß die 132 Milliarden des Londoner Zahlungsplanes nicht die addierte Summe von einzelnen Annuitäten gewesen seien, sondern eine Kapitalschuld. Mit anderen Worten: die Kapitalschuld des Londoner Zahlungsplanes wäre eine ewige Schuld gewesen, und ein Vergleich mit der addierten Summe der Youngannuitäten sei völlig abwegig. Ein Vergleich zwischen der Höhe der Dawes- und der Youngannuitäten ergebe zwingend, daß der Gegenwartswert der Dawesannuitäten außerordentlich viel höher sei als der der Youngannuitäten.

Abg. Dauch (D. Vp.):

Nach vorsichtigen Berechnungen ganz neutraler Stellen haben wir bis heute bereits 36 Milliarden an Kriegstributen gezahlt und sollen jetzt noch Beträge zahlen, deren Gegenwert mit weiteren 36 Milliarden geschätzt wird. Für sich betrachtet, ist der Youngplan eine mißglückte Synthese zwischen Politik und Wirtschaft. Auch vom Standpunkte der gegnerischen Mächte ist es töricht, so hohe Lasten auf Deutschland zu legen, denn bei Durchführung des Planes in dieser Form müßte Deutschland die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt werden. Wir müßten nämlich dann so ungeheuer billig produzieren, daß wir alle anderen Völker auf dem Weltmarkt unterbieten. Der Youngplan wird am Transfer scheitern, nicht an der inneren Aufbringung. Jeder müsse sich darüber klar sein, daß es möglich ist, durch eine Herabsetzung unseres augenblicklichen Lebensstandards unsere Gestehungskosten so herabzudrücken, daß dadurch die innere Aufbringung für einige Zeit gewährleistet werden könnte, nicht aber der Transfer.

Auch wir von der Deutschen Volkspartei haben also hinsichtlich der Durchführbarkeit des Youngplans die allerschwersten Bedenken.

Würden wir aber heute den Youngplan ablehnen, so würde wahrscheinlich die ganze Welt gegen uns auftreten, nachdem die internationalen Sachverständigen diese Lösung vorgeschlagen haben. Würde aber die ganze Welt gegen uns auftreten, dann müßten wir angesichts der Schwäche unserer Wirtschaft und unserer trostlosen Finanzlage früher oder später kapitulieren. Dieser Widerstand würde aber der deutschen Wirtschaft einen Milliardenverlust bringen. Der Vertrag ist kein Wechsel, sondern eine Vereinbarung, die auch Revisionsmöglichkeiten aller Art in sich birgt, und zwar nicht nur das Moratorium. Schon die Teilung der Annuitäten in geschützte und ungeschützte zeigt, daß hinsichtlich der geschützten Zahlungen selbst die Gläubigermächte ein Fragezeichen bezüglich der Realisierbarkeit setzen.

Auch wir betrachten den Youngplan nur als eine Etappe.

Selbstverständlich müssen aus der Annahme des Plans von allen denen, die ihm zustimmen, alle Konsequenzen gezogen werden, die der Plan selbst als notwendig hinstellt, nämlich eine Einschränkung unserer Einfuhr und eine Hebung unserer Ausfuhr. Das ist nur möglich durch eine Herabsetzung der Gestehungskosten. Ferner verlangt der Youngplan eine Steuersenkung besonders für die Betriebe, zwecks genügender Kapitalbildung.

Wir müssen daher mit unserer jetzigen Finanz- und Wirtschaftspolitik Schluß machen und Youngplanpolitik treiben. Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß derjenige, der diese Konsequenzen nicht zieht, den Youngplan auch nicht annehmen darf.

Unerhörter Beschluß des Tributausschusses

Zum Schluß entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob entsprechend einem Antrag des Grafen Westarp die deutschen Mitglieder des Pariser Sachverständigenausschusses, Schacht, Kastl und Melchior, von dem Reichstagsausschuß hinzugezogen werden sollen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß geschäftsordnungsmäßig der Ausschuß eine solche Zuziehung nicht beschließen könne, sondern nur die Reichsregierung ersuchen könne, daß die Sachverständigen als Regierungskommissare hinzugezogen werden mögen. Als darauf die Frage an die Regierung gerichtet wurde, ob sie von sich aus die Sachverständigen als Regierungskommissare hinzuzuziehen wünsche, erklärte

Reichsaußenminister Dr. Curtius: Wenn sich die Frage so stellte, ob die Reichsregierung von sich aus den Wunsch habe, die Sachverständigen als Regierungskommissare hinzuzuziehen, so könne er nur sagen, daß sie das nicht für erforderlich halte.

Daraufhin wurde der Antrag gestellt, daß der Ausschuß die Regierung ersuche, die Sachverständigen hinzuzuziehen. Dieser Antrag wurde mit 31 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmte die gesamte Rechte mit Ausnahme der Volkspartei und der Wirtschaftspartei, dagegen der Block der Regierungsparteien. Es ergibt sich also das unbegreifliche Bild, daß bei den ernsten Ausschußberatungen über den neuen Tributplan diejenigen Männer aus persönlichen Raisonnements nicht gehört werden sollen, die den tiefsten Einblick in die gesamte Materie haben und die doch eigentlich als Mitschöpfer des Youngplanes anzusehen sind. Wie die Regierungsparteien diesen Beschluß rechtfertigen wollen, wird wohl ihr Geheimnis bleiben.

Vom Grafen Westarp wurden außerdem noch zwei deutschnationale Anträge angekündigt. Darin soll die Reichsregierung ersucht werden:

1. Mit eingehender Begründung zu erklären, ob sie die Zahlungen des Pariser Plans für dauernd durchführbar hält, und die darüber von den deutschen Sachverständigen in Paris abgegebenen Gutachten mit den dazu aufgestellten Unterlagen mitzuteilen.

2. Durch eine ausdrückliche Erklärung das Recht Deutschland vorzubehalten, die Revision des Plans mit dem Ziele der Herabsetzung der deutschen Leistungen im Falle seiner Undurchführbarkeit zu fordern und nötigenfalls nach neuen diplomatischen Verhandlungen festzustellen und mitzuteilen, ob sie vertragsmäßig diesen Vorbehalt anerkenne.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Sonnabend.

Scheingefecht gegen den Sowjetstern

Die Sozialdemokratie tut so, als ob es ihr mit dem Kampfe gegen die Kommunisten sehr ernst würde. Ihre Exponenten in Verwaltung und Kabinett, Zörgiebel, Grzesinski und Severing, haben das Büro der antifaschistischen jungen Garde ausheben lassen, um festzustellen, ob diese Organisation die verbotene Fortsetzung des von ihnen aufgelösten Rotfrontkämpferbundes sei. Was alle Welt schon lange wußte, läßt sich nun schwarz auf weiß beweisen: die Antifaschisten sind dieselben Leute wie die Rotfrontler. Nun ist es den Sozialdemokraten schon immer peinlich gewesen, gegen die marxistische Bruderpartei mit denjenigen Mitteln vorzugehen, unter denen sie selbst in der Zeit des Sozialistengesetzes so prächtig gediehen sind. Als der deutschnationale Innenminister v. Keudell im Jahre 1928 das gleiche tun wollte, war niemand entrüsteter über solche mittelalterliche Polizeimethoden, als die Sozialdemokratie. Damals stemmten sich ihre Minister in Preußen und den übrigen sozialistischen Ländern mit rührender Bruderliebe gegen ein Verbot des röteren Zwillings. Aber heute ist das etwas anderes. Heute hat die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern ihre Stellung so ausgebaut, daß sie sich stark genug glaubt, die kommunistische Konkurrenz auszuschalten. Das Bürgertum begrüßt es natürlich, wenn die Regierung gegen Moskauer Revolverhelden mit der nötigen Schärfe vorgeht. Es ist durchaus einverstanden, wenn der Staat auf alle Putschpläne ein wachsames Auge hat. Ja, wir sind sogar der Ansicht, daß mit dem Eingreifen der Polizei gegen die offenkundige Fortsetzung der roten Bürgerkriegsorganisation reichlich lange gezögert wurde. Haben doch die sozialdemokratischen Exponenten zunächst einmal mit großer Ruhe zugesehen, wie die kommunistischen Druckereien und Gebäude öffentlich an den Meistbietenden „verramscht" wurden, damit der Staat bei einem einmal notwendig werdenden Gesamtverbot der Partei nichts mehr zu beschlagnahmen habe.

Aber jetzt findet die Sozialdemokratie sogar mehr Mut, als je zu erwarten war. Zugleich mit der Polizeiaktion gegen die Antifaschisten beginnt eine großzügige sozialdemokratische Entlastungsoffensive für die Exponenten, die den ihnen im innersten Herzen unangenehmen Kampf gegen die Rotfrontleute durchfechten müssen. Sie richtet sich merkwürdigerweise gegen die Leiter des Auswärtigen Amtes in Berlin. Sie sind schuld daran, daß sich der Kommunismus in Deutschland zu einer so gefährlichen Konkurrenz für die Sozialdemokratie auswachsen konnte, und sie sind diejenigen, die die Verantwortung tragen, daß ein radikalisiertes Proletariat heute in so verdienten sozialistischen Funktionären wie Grzesinski und Zörgiebel „Arbeitermörder" und „Bluthunde" sieht. Es ist immer gut, wenn man einen Sündenbock hat, und so kommt es den Sozialdemokraten sehr zustatten, daß im Auswärtigen Amt noch kein Funktionär ihrer Partei sitzt. Wie aber beweisen die Sozialdemokraten ihre Vorwürfe? Höchst einfach. Das Berliner sozialdemokratische Organ hat entdeckt, daß die sowjetrussische Botschaft in Berlin von der Gesamtauflage der kommunistischen „Roten Fahne" in Höhe von 25 000 Exemplaren allein 5000 Stück für sich und die Handelsvertretung in Berlin bezogen habe. Daraus folgert es sehr richtig, die „Rote Fahne" sei „ein von der Sowjetbotschaft in Berlin subventioniertes Blatt", und das sozialdemokratische Organ fährt fort: „Angesichts der Gemeinheiten, die die „Rote Fahne" gewohnheitsmäßig gegen die deutsche Reichsregierung und die Preußenregierung zu schleudern pflegt, ist es von besonderem Interesse, zu wissen, daß das Blatt von der amtlichen Vertretung der Sowjetregierung in Berlin ausgehalten wird." Nach dieser Entdeckung, die sich natürlich sehr schwer nachkontrollieren läßt, weil die Sowjetbotschaft schlau genug ist, nicht diese 5000 Exemplare selbst zu beziehen, sondern höchstwahrscheinlich lediglich den Abonnementspreis dafür zu erlegen, wirft der „Sozialdemokratische Pressedienst" den verantwortlichen Leitern unserer Außenpolitik vor, sie hätten seit Jahren die Versuche der Sowjetregierung geduldet, sich in innere deutsche Verhältnisse einzumischen. Die Behörden werden aufgefordert, mit rücksichtsloser Schärfe durchzugreifen, sobald der Verdacht der Beteiligung von Sowjetrussen an kommunistischen Aktionen in Deutschland auch nur einigermaßen nachweisbar ist. „Denn", so stellt der „Sozialdemokratische Pressedienst" mutig fest, „so wie bisher kann es nicht weitergehen." Aber dann kommen die ersten Bedenken. Abbruch der diplomatischen Beziehungen? Nein, vorläufig noch nicht. Erst abwarten. „Aber freilich", so meint der Pressedienst, „was haben wir eigentlich noch von unseren Beziehungen?" Und er kommt zu dem Schlusse, wir hätten von Rußland nur noch so wenig, daß diese letzte entscheidende Frage berechtigt sei. In der Tat, die sozialdemokratischen Führer gehen nach unwidersprochenen Meldungen bereits lebhaft mit dem Gedanken um, den Bruch mit Sowjetrußland zu fordern.

Man könnte diese Mutanwandlung der Sozialdemokratie vom bürgerlichen Standpunkt aus gewiß begrüßen, wenn man die Ueberzeugung gewinnen könnte, daß ihre Ursache nicht lediglich parteitaktische Gründe seien. Wenn man aber wiederum sieht, wie die Sozialdemokraten, wenn es